

Der Startschuss ist gefallen

Das Landespolizeipräsidium nimmt seinen Dienstbetrieb auf

Am Donnerstag, 1. März 2012, wurde im Rahmen eines Festaktes im Saarbrücker Schloss durch den Minister für Inneres, Kultur und Europa, Stephan Toscani, die neue Organisationsstruktur der saarländischen Polizei in Form eines Landespolizeipräsidioms, wie er es ausdrückte, „ins Werk gesetzt“. In Anwesenheit zahlreicher in- und ausländischer Gäste aus Politik, Polizei, Justiz und Verwaltung wurde durch die formale Inkraftsetzung der „Verwaltungsvorschrift über Organisation und Aufgaben des Landespolizeipräsidioms der Vollzugs-polizei des Saarlandes“ sowie der Ernennungen von Norbert Rupp zum Landespolizeipräsidenten und Hugo Müller zum Landespolizeivizepräsidenten der Dienstbetrieb der neuen Behörde „Landespolizeipräsidium (LPP)“ aufgenommen.

Rückblick auf einen langen Weg

Bis zum Abschluss dieses Organisationsentwicklungsprozesses war es ein langer Weg – man könnte ihn auch als unendliche Geschichte beschreiben. Bereits im Sommer des Jahres 2006 beauftragte die damalige Innenministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer, eine polizeiabteilungsinterne Arbeitsgruppe „Polizeiorganisation“ (AG „POG“) damit, die Evaluierungsergebnisse der Arbeitsgruppe „AG 2000 Plus – neu“ aus dem Jahre 2005 im Hinblick auf zu ergreifende Konsequenzen zu prüfen.

Der Abschlussbericht der AG POG folgte im August 2007 und beschrieb in einer umfassenden Organisationsanalyse im Wesentlichen die quantitative und strukturelle Personalentwicklung vor dem Hintergrund eines dramatischen demografischen Problems in der saarländischen Polizei. Festgestellt wurde, dass nach Aufnahme des Wirkbetriebes der Führungs- und Lagezentrale und dem Vorliegen von Erfahrungswerten spätes-

tens bis zum Jahr 2011 Organisationsveränderungsprozesse ins Auge gefasst werden müssen. Die AG POG empfahl die Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung eines Feinkonzeptes „Entwicklung der Polizeiorganisation bis zum Jahr 2015“, die möglichst 2008 ihre Arbeit aufnehmen sollte.

Im Zuge einer Regierungsumbildung wurde im September 2007 Klaus Meiser zum neuen Minister für Inneres und Sport berufen; er erklärte, bis Oktober 2008 eine Lenkungsgruppe einrichten zu wollen, die sich mit dem Bericht der AG POG zur Organisationsentwicklung beschäftigen und konkrete Lösungsansätze finden sollte. Zur Einrichtung dieser Lenkungsgruppe kam es nicht mehr. Ursachen lagen auch in den politischen Entwicklungen und der sich dramatisch entwickelnden wirtschaftlichen Situation. Die Immobilien- und Bankenkrise des Jahres 2008

schriebene Schuldenbremse und die durch den Stabilitätsrat der Bundesregierung festgestellte drohende Haushaltsnotlage des Saarlandes wurden plötzlich zur Belastung für den gesamten öffentlichen Dienst. Die grundsätzliche Frage, wie angesichts der desolaten Haushaltssituation dessen quantitative und qualitative Weiterentwicklung aussehen kann, stand zur Diskussion. Die von Innenminister Toscani im Januar 2010 eingesetzte Arbeitsgruppe „Polizei 2020“ (AG 2020) und deren Handeln stand somit von Anfang an unter dem Druck der Haushaltsnotlage und den damit verbundenen Einsparverpflichtungen.

Schmerzhafte Kompromisse

Die Ergebnisse der durch die Haushaltsstrukturkommission eingesetzten



Innenminister Stephan Toscani (links) überreicht Ernennungsurkunden an Norbert Rupp und Hugo Müller.
Fotos: Karl-Heinz Feller

und die daraus resultierende Wirtschaftskrise sind uns allen noch in Erinnerung. Die Landtagswahl 2009 und ein dadurch bedingter Wechsel an der Spitze des Innenministeriums mit einem neuen Minister für Inneres, Kultur und Europaangelegenheiten, Stephan Toscani, ließen die Organisationsfortentwicklung erneut stocken. Die grundgesetzlich festge-

Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) sollten zu dramatischen Einsparvorhaben bei der Polizei führen. In einem Vergleich zu dem polizeilichen Standard anderer Bundesländer wurde unter anderem der Abbau von 600 (!) Stellen bei der

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

saarländischen Polizei vorgeschlagen. Es war die GdP, die diesem Vorhaben eine klare Absage erteilt hat, weil es zur Funk-

tionsunfähigkeit der saarländischen Polizei geführt hätte und Dienststellenschließungen in erheblichem Umfang die Folge gewesen wären. Bundesweit sind die Personalentwicklungen bei der Polizei zwi-

Rahmen der Schuldenbremse erbracht ist. Wenn die Ministerpräsidentin mittlerweile davon spricht, im öffentlichen Dienst insgesamt etwa zehn Prozent des Personals (das sind etwa 2500 Stellen!) abbauen zu wollen, kann man in etwa erahnen, was dem öffentlichen Dienst noch an Personaldiskussionen und -ausinandersetzungen bevorsteht.



Die Gewerkschaftsfamilie gratuliert: Norbert Rupp (links) und Hugo Müller (3. v. l.) werden beglückwünscht (v. l. n. r.) vom GdP-Bundesvorsitzenden, Bernhard Witthaut, dem stellv. GdP-Landesvorsitzenden Ralf Porzel und dem DGB-Landesvorsitzenden, Eugen Roth.

„Mehrliniensystem“ Chance oder Risiko?

Ohne die Einsparverpflichtungen der Schuldenbremse hätte es mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Organisationsveränderung in dieser Form nicht gegeben. Mit einem Strukturprinzip, das annahmewie das Geschäftsmodell eines Wirtschaftsunternehmens, geht die saarländische Polizei bundesweit durchaus neue Wege. Durch das Zusammenführen von zwei Behörden, den Abbau von „Hierarchieebenen“, die Schaffung kurzer Entscheidungswege, das Beseitigen von Schnittstellen und „Doppelzuständigkeiten“ und die Einbeziehung neuer Leitstellentechnik sind durchaus erhebliche Synergieeffekte zu erzielen. Die gewählte Organisationsform ist aber auch der Versuch, mit den vorgenannten Instrumentarien den Spagat zwischen Haushaltsverantwortung und innerer Sicherheit zu halten.

Dadurch, dass die Gesamtverantwortung für die Erfüllung aller vollzugspolizeilichen Aufgaben in einer Hand liegt, können notwendige Entscheidungen sowohl im Bereich der Gefahrenabwehr als auch im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung – bezogen auf Schwerpunktsetzung, personelle und technische Stützleistungen auch im Sinne von Ressourcenverantwortung – frei von Bereichsegoismen wahrgenommen werden.

Nachsteuern und „Feinjustieren“ werden in einem ständigen Prozess zwangsläufig notwendig werden, Problemstellungen und Pannen nicht ausgeschlossen sein. Aber es besteht die große Chance, dieses Organisationsmodell gemeinsam zu einem Erfolgsmodell zu machen. Vielleicht wird das Saarland in einer Zeit, in welcher der gesamte öffentliche Dienst epochale Veränderungen erfahren wird, hier eine Vorreiterrolle im positiven Sinne haben.

In diesem Sinne wird die Gewerkschaft der Polizei Saarland den begonnenen Prozess konstruktiv kritisch begleiten und unterstützen, sich aber auch im Sinne der Beschäftigten zu Wort melden und einmischen – versprochen!

Ralf Porzel, stellv. Landesvorsitzender

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe ist der 2. April 2012.

schenzeitlich an vielen Stellen unter ähnlichen Wirkmechanismen von Personalabbau gekennzeichnet. Die ohne Zweifel schwierige gewerkschaftspolitische Entscheidung, sich aktiv und konstruktiv in die Gestaltung der Neuorganisation und damit in die AG 2020 einzubringen, ist auch unter dem Spardiktat und den durch die Schuldenbremse verordneten Einsparverpflichtungen zur Haushaltssicherung zu verstehen. Es mag vielen Kolleginnen und Kollegen wie ein gewerkschaftlicher Paradigmenwechsel vorkommen, wenn ihre Gewerkschaft Entscheidungen zum Personalabbau mitträgt, der aus unserer Sicht in der aktuellen Haushaltsnotlagesituation aber ohne echte Alternative bleibt. Vielleicht war es sogar eine historische Chance, über die Entwicklung einer neuen Organisationsstruktur, in der in einem Verlaufmodell über zehn Jahre sukzessive 300 Stellen „abgeschmolzen“ werden können, massive Eingriffe in die Besoldung der „Bestands-Beschäftigten“ und in die Versorgung unserer Pensionäre zu verhindern. Parallel dazu kann durch die in die Gesamtentwicklung eingebundene, zwingend notwendige Einstellungsgröße von durchschnittlich 100 Neueinstellungen pro Jahr die katastrophale Altersstruktur der saarländischen Polizei deutlich verbessert werden. Die GdP hat an dieser Stelle in allen Gesprächen mit politisch Verantwortlichen sehr deutlich gemacht, dass damit der Beitrag der Polizei im



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Lothar Schmidt, Gewerkschaftssekretär
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland
Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken
Telefon: (06 81) 8 41 24 13, Fax: -15
Mobil: 01 57-71 72 14 18
E-Mail: LotharSchmidt@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489



Wann endlich mehr Geld?

Von Carsten Baum

Während die Tarifpartner des öffentlichen Dienstes bereits in einer neuen Auseinandersetzung (der Tarifrunde 2012 für Bund und Kommunen) stecken, ist das im März 2011 für den Bereich der Länder erzielte Tarifergebnis hierzulande zwar in vollem Maße auf die Tarifbeschäftigten, aber immer noch nicht auf die Beamtinnen und Beamten sowie auf die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger umgelegt.

Was ist da los – wie ist der aktuelle Sachstand – welche Positionen haben DGB und GdP eingenommen? Antworten darauf gibt der folgende Beitrag.

Rückblende – das Potsdamer Tarifergebnis

Im Rahmen der am 10. März 2011 erzielten Tarifeinigung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern wurde vereinbart, im Jahre 2011 die Entgelte ab dem 1. April um 1,5% zu erhöhen und eine Einmalzahlung in Höhe von 360 € (Beschäftigte) bzw. 120 € (Auszubildende, Praktikanten) zu leisten. Für das Jahr 2012 wurden der Einbau eines Sockelbetrages in Höhe von 17 € in die Gehaltstabellen und eine lineare Erhöhung der Tarifentgelte ab dem 1. Januar 2012 um 1,9% vereinbart.

Dies war eine Vereinbarung im Tarifbereich, allerdings von den Gewerkschaften ganz klar und ausdrücklich auch analog für den Beamtenbereich beansprucht, damit die Gesetzgeber ihrem aus § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes und aus § 70 des Beamtenversorgungsgesetzes resultierenden gesetzlichen Auftrag entsprechen und (auch) die Besoldung und Versorgung den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen anpassen.

Die Länder reagieren – das Saarland zickt

Die Bundesländer setzten das Potsdamer Tarifergebnis um, erst auf die Tarif-



beschäftigten, dann mehr und mehr und in unterschiedlichen Varianten und Zeitpunkten auf den Beamten- und Versorgungsbereich.

Zähneknirschend musste auch das Saarland dem Tarifergebnis Tribut zollen. In punkto Übernahme des Tarifergebnisses auch auf den Beamten- und Besoldungsbereich aber zickten Ministerpräsidentin, Finanzminister und „Jamaika-Koalitionäre“ erst mal tüchtig rum – kein Geld, Haushaltsnotlage, Schuldenbremse etc. pp. – die übliche Leier eben. Unterdessen liefen die Kosten für den 4. Pavillon in der Größenordnung des früheren Gesamt-Weihnachtsgeldes für alle Beamten aus dem Ruder (aus neun wurden 26 Mio. €), Projektakteure reisten und speisten unkontrolliert dutzende Male auf Spesenkosten des Steuerzahlers, und für die Teilnahme an opulenten Arbeitsessen wurden dem Freund des früheren Bildungsministers je Stunde auch noch 138 € Stundenlohn gezahlt. Bananenrepublik und Saarland – ein Synonym? Spöttern zufolge sollen mehrere süd- und mittelamerikanische „Bananenrepubliken“ vor Übertreibungen gewarnt und Klage wegen Verunglimpfung angedroht haben für den Fall, dass man sie noch einmal mit dem Saarland vergleiche ...

Gewerkschaften schalten sich ein

Da es nicht gehen konnte, dass man das Tarifergebnis 2011 einzig auf die Ta-

rifbeschäftigten umlegte, nicht aber auf Beamte und Versorgungsempfänger, machten der DGB Saar und seine Gewerkschaften Druck. DGB-Vorsitzender Eugen Roth (SPD) am 23. März 2011 im Landtag (Redeauszug 19. Sitzung):

„Wir fordern glasklar die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die saarländischen Beamtinnen und Beamten. Um wen geht es denn überhaupt? Es geht um die Kollegen, die hier stellvertretend sitzen, um Polizistinnen und Polizisten, um Lehrerinnen und Lehrer, um Feuerwehrleute. Es geht um die Leute, die genau dort reinlaufen, wo andere weggehen und rauslaufen. Die können wir doch nicht dadurch bestrafen, dass wir ihnen eine Minusrunde auferlegen! Ich bin erstaunt, ich kann ehrlich gesagt gerade in Richtung CDU – das mögt Ihr mir verzeihen – nur den Kopf schütteln. Das lässt sich durch keine Haushaltsnotlage rechtfertigen. Es ist einfach eine schlechte Behandlung, ich hätte beinahe gesagt eine Misshandlung, der saarländischen Beamtinnen und Beamten und geht nach meiner Auffassung auf keine Kuhhaut. Wir wollen seitens der SPD keinen Flickenteppich, wir wollen keine Spaltung der Belegschaften, auch deshalb fordern wir diese Übertragung.“

Insofern war die Position der Opposition klar, und wir hoffen, dass diese Akteure diese Linie halten werden.

Zunächst aber blieb es dennoch bei der Nullrunde für die saarländischen Beamten. Auch die namentliche Abstimmung über eine Übernahme der Tarifeinigung der Länder durch das Saarland, die die Linkspartei am 23. März 2011 im Landtag einforderte, vermochte es nicht, an dem Entschluss der Jamaika-Koalition zu rütteln. Und eine Stimme fehlte ganz: Der damals noch amtierende Ministerpräsident Peter Müller war bei der Abstimmung gar nicht anwesend. SPD und Linke warfen der Landesregierung vor, „lieber einen aufgeblähten Regierungsapparat“ und „ein zusätzliches Ministerium“ zu unterhalten, als die Landesbediensteten „angemessen zu entlohnen“.

Die Regierungskoalitionen blieben unter Hinweis auf die Vorgaben der Schuldenbremse für 2011 hart. Also keine lineare Erhöhung um 1,5%, kein Sockelbetrags-Einbau von 17 € und keine Einmalzahlung, sondern eine Null- bzw.

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

in Wahrheit (bei Berücksichtigung der Preisentwicklung) sogar eine Minusrunde waren für 2011 angesagt. Erst als die Gewerkschaften weiter Sturm liefen, als Annegret Kramp-Karrenbauer den bisherigen Ministerpräsidenten, Peter Müller, an der Spitze des Landes ablöste und an sie gerichtet unser damaliger GdP-Landesvorsitzender Hugo Müller am 30. August 2011 in einem Offenen Brief mit deutlichen Worten Bewegung forderte, kam es am 12. September 2011 zu einem Strategietreffen von Vertretern der Landesregierung und Gewerkschaftsseite, in dem die Ministerpräsidentin den Offenen Brief der GdP mündlich dahingehend beantwortete, dass es Ende 2011 mit dem Dezembergehalt doch noch wenigstens die Einmalzahlung (360 €) geben solle und fürs Jahr darauf beabsichtigt sei, zum 1. Juli 2012 eine lineare Anpassung der Besoldung und Versorgung um 1,9% vorzunehmen.

Was davon wurde 2011 umgesetzt?

Als einzige der von den Tarifparteien im März 2011 vereinbarten Maßnahmen (1,5% mehr ab 1. April 2011/Socketbetrag 17 €/Einmalzahlung) setzte „Jamaika“ dann tatsächlich die Einmalzahlung „auf den letzten Drücker“ Ende 2011 um. Die Einmalzahlung wurde mit den Dezember-Bezügen überwiesen. Nach Abzug von Einkommens- und Kirchensteuer sowie des „Soli“ blieb dann von den max. 360 € brutto oft netto nur noch rd. die Hälfte übrig – also rd. 15 € Erhöhung je Monat, die dann von den explodierenden Energiepreisen (mehr als) aufgefressen wurden – unterdessen bezogen mittlerweile geschasste FDP-Politiker aus der saarländischen Kasse monatliche Aufwandenschädigungen von 400 €, um ohnehin subventionierte Oberklasse-Dienstwagen noch kostengünstiger zu bewegen ...

Was soll 2012 werden?

Zum Jahreswechsel 2011/2012 stand seitens der Ministerpräsidentin bzw. der von ihr angeführten „Jamaika“-Koalition aus CDU, FDP und GRÜNEN die Zusage im Raum, die Beamtenbezüge zum 1. Juli 2012 um 1,9% anzuheben.

Dementsprechend arbeitete die Landesverwaltung einen passenden Gesetzentwurf aus, den „Entwurf eines Geset-

zes zur Anpassung von Besoldungs- und Versorgungsbezügen im Jahr 2012 und zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften“, der ins interne und dann ins externe Anhörungsverfahren (Beteiligung der Gewerkschaften!) ging. Zu diesem Entwurf haben GdP und DGB mit Schreiben des Vorsitzenden Eugen Roth vom 10. Februar 2012 Stellung genommen.

In der Zwischenzeit hat es aber den großen Knall gegeben: Am 6. Januar 2012 die Aufkündigung der „Jamaika“-Koalition im Saarland durch Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer (CDU), Entlassung des Kabinetts, gescheiterte Sondierungsgespräche für eine sofortige Große Koalition mit der SPD und schließlich die Festlegung auf Neuwahlen zum Saar-Landtag am 25. März 2012.

Bis dahin: Wahlkampf, viel Leerlauf in Exekutive und Legislative, keine nachhaltigen Entscheidungen mehr, keine Gesetzesverabschiedungen im Landtag. Still ruht der See, und mitten drin der Gesetzentwurf zur Bezügeanpassung zum 1. Juli 2012.

So ist der Stand heute, 4. März 2012, beim Verfassen dieses Beitrags. Bei Erscheinen des Beitrags in unserer April-Ausgabe werden jedoch die saarländischen Wählerinnen und Wähler bereits gesprochen haben, und es wird sich eine neue Regierungskonstellation im Saarland zumindest bereits abzeichnen.

Der nach der Wahl am 25. März neu gebildete Landtag sowie die neue saarländische Landesregierung sind dann die „Entscheider“ darüber, wie es mit unserer Besoldungsanpassung weitergeht – wie im auf Eis gelegten Gesetzentwurf niedergeschrieben oder anders, d. h. besser, schlechter oder gar nicht!

Unsere Position

Angesichts der derzeitigen Gemengelage ist es angezeigt, unsere Position, d. h. die in der Stellungnahme von DGB und GdP vom 10. Februar 2012 vertretenen Auffassungen und Forderungen nochmals schlaglichtartig darzustellen – auch, um sie den künftig in Verantwortung stehenden Entscheidern nochmals unmissverständlich ins Stammbuch zu schreiben:

- Die erfolgte Abkopplung der Beamten von den Tarifkräften durch Verweigerung der 1,5%igen Erhöhung und des Socketbetrages, also die Verweigerung einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des im März 2011 erzielten Tarifiergebnisses auf den Beamtenbe-

reich, erschüttert die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Verhandlungspartner im Bereich der Gebietskörperschaften allgemein sowie speziell der (wenigen!) Länder, die von der Tarifeinigung abweichen.

- Diese Verweigerungshaltung kommt einer Einkommenskürzung gleich, weil nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes die Verbraucherpreise allein in 2011 um 2,3% und die Energiepreise sogar um fast 10% gestiegen sind.
- Von Gewerkschaftsseite wird dies ebenso nachdrücklich kritisiert wie die Tatsache, dass die Beamten von dem im Tarifbereich vereinbarten und dort auch umgesetzten Socketbetrag von 17 €, um die alle Tabellenbeträge vor einer linearen Erhöhung um 1,9% erhöht werden, keinen Cent sehen sollen. Dieser Einschnitt ist deutlicher als es der relativ kleine Betrag (17 €) glauben macht, denn die Benachteiligung vergrößert sich durch den Zinseffekt in die Zukunft hinein erheblich.
- Wir verlangen für das Jahr 2012 eine Gleichbehandlung der Beamten mit den Tarifkräften, indem die Besoldung und Versorgung ebenfalls rückwirkend zum 1. Januar 2012 und mitsamt der Socketbetrags-Erhöhung umgesetzt wird, der insbesondere den unteren Einkommensgruppen zugute kommt.
- Wir kritisieren und lehnen ab, dass sich aufs ganze Jahr 2012 gerechnet die Einkommensverbesserung eines ganzen Jahres nur auf 0,95% belaufen soll, indem unsere Besoldung und Versorgung erst zum 1. Juli 2012 erhöht werden sollen. Das verschlimmert den Verlust aus 2011, wo man uns Beamten bereits die 1,5%ige Tarifierhöhung völlig versagt hat.
- Für unsere Versorgungsempfängerinnen und -empfänger wiegt dies besonders schwer; denn sie büßen von einer linearen Erhöhung ohnehin nun (im achten Schritt der seit 2002 bei linearen Besoldungserhöhungen jeweils realisierten sog. „Riester-Treppe“ zur Absenkung des Höchststruhegelalts von 75 auf 71,75% gemäß Versorgungsänderungsgesetz 2001) abermals 0,54 Prozentpunkte ein. Also verbleiben für sie von den 1,9% Aufbesserung bei den Beamten ab Juli 2012 nur 1,36 % mehr an Pension. Das ist aufs ganze Jahr 2012 gerechnet nur eine Verbesserung um 0,78% und angesichts der Preissteigerungsraten der Jahre 2011 (2,3%) und 2012 (prognostiziert: 2%) völlig unzureichend. Viele Seniorinnen und Senioren sind nicht nur sprach-, sondern bald auch mittellos, wenn sie auf



den Tanksäulen Spritpreise nahe 1,70 € und Heizölpreise nahe 1 € je Liter entdecken, die sie einfach nicht mehr zahlen können, wenn ihre verfügbaren Einkommen stagnieren oder gar zurückgehen (Erhöhung der Gesundheitskosten, Beihilfekürzungen etc.).

- Wir sehen in den bisher für den Beamten- und Versorgungsbereich beabsichtigten, unzureichenden Anpassungsmaßnahmen einen Verstoß gegen Geist und Buchstaben der am 10. März 2011 erzielten Tarifeinigung.

Was nun?

An die Politik, an die neu gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter, die verantwortlichen Ressortministerinnen und -minister sowie die neue Landesregierung richtet sich jetzt die folgende eindringliche Mahnung von DGB und GdP aus ihrer Stellungnahme vom 10. Februar d. J.:

„Die zunehmende Enttäuschung und Verbitterung der Bediensteten darf den Dienstherrn nicht kalt lassen, wenn er Gerechtigkeit walten lassen, sozialen Frieden gewährleisten und den öffentlichen Dienst auch mittel- und langfristig für qualifizierten Nachwuchs attraktiv halten will.“

Wir als GdP werden dafür sorgen, dass diese Mahnung nicht überhört wird. Wir verlangen, dass die Tarifeinigung 1 zu 1 auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird, um die Besoldung und Versorgung nach den bestehenden gesetzlichen Vorgaben (§§ 14 BBesG, 70 BeamtVG) an die allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen. Das von der früheren „Jamaika“-Regierung per Gesetzentwurf auf den Weg gebrachte Vorhaben einer linearen Erhöhung um 1,9% ab Juli 2012 war als Bestrebung begrüßenswert, erfüllte aber nicht unsere Forderung nach einer zeit- und inhaltsgleichen Übertragung, da unter dem Strich letztlich ein Minus stünde, wenn man die Entwicklung der Beamtgehälter und -pensionen mit der Entwicklung der Tarifentgelte, insbesondere aber mit der allgemeinen Preisentwicklung vergleicht.

P.S.:

Erläuterungen zur Absenkung des Höchstruhegehaltssatzes (achtstufige Riestertreppe) und zur Versorgungsrücklage sind auf unserer Internetseite www.gdp-saarland.de nachlesbar.

L. Sch.

Tarifkonflikt „Bund und Gemeinden“

Wir sind solidarisch

Der Tarifkonflikt bei der Tarifgemeinschaft von Bund und Gemeinden hat sich verhärtet. Die Forderungslinie der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des Beamtenbundes ist klar: 6,5% mehr Entgelt, mindestens aber 200 Euro, und die Übernahme der Auszubildenden.

Die 2. Verhandlungsrunde am 12. März und die 3. am 29. März d. J. in Potsdam werden zeigen, ob es zu Kampfmaßnahmen kommen muss, damit die gerechtfertigten Forderungen durchgesetzt werden können. Unser Mitglied der Großen Tarifkommission der GdP-Bund, Ralf Walz, wird uns bei den Beratungen in Potsdam vertreten und auf dem Laufenden halten. Wir müssen uns bereithal-

ten, unsere Schwestergewerkschaften im öffentlichen Dienst zu unterstützen, wenn es im Zusammenhang mit Warnstreik- oder sogar Streikmaßnahmen zu Protestdemonstrationen und Protestkundgebungen kommt.

Schließlich wollen auch wir im nächsten Jahr, wenn unsere Verhandlungsrunde für die Landesbeschäftigten ansteht, ebenfalls die Unterstützung der Beschäftigten des Bundes und der Gemeinden erfahren. Und das selbstverständlich auch bei der Forderung zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung auf die Landesbeamten.

Wir werden rechtzeitig zur Unterstützung bei entsprechenden Protestaktionen aufrufen.

L. Sch.



Unterstützung beim Warnstreik der Beschäftigten der Landeshauptstadt am 5. März d. J.:
Ralf Walz (Mitglied der Großen Tarifkommission der GdP-Bund), Martin Speicher (stellv. Landesvorsitzender), Sylvia Schuhe (GdP-Mitarbeiterin), Thomas Schlang (KG SB-Land), Dirk Britz (KG LPD), Berti Gross (Seniorenbeauftragter KG SB-Land) und Lothar Schmidt (GdP-Gewerkschaftssekretär)
 Foto: Anna Schmidt



Kreisgruppe Neunkirchen

In der Kreisgruppe Neunkirchen wurden in den zwei ersten Monaten gleich fünf „Runde Geburtstage“ gefeiert. Bereits am 5. Januar wurde der Kollege Jürgen Kauth 50 Jahre alt. Danach feierten am 25. Januar der Kollege Arno Woll, am 28. Januar Gerhard Zägel, am 1. Februar Alfred Brust und am 18. Februar Volker Müller ihren 60. Geburtstag. Allen Kollegen wünschen wir weiterhin Gesundheit und Wohlergehen.

Am 15. Februar 2012 fand in der ehemaligen Kantine des PB Neunkirchen eine Personalversammlung für alle Beschäftigten des PB Neunkirchen statt. Mehr als 110 Beschäftigte waren der Einladung gefolgt. Zu Beginn der Versammlung konnte der ÖPR-Vorsitzende neben den Gewerkschaftsvertretern, an ihrer Spitze Reinhold Schmidt von der GdP, auch das neue Führungsduo der zukünftigen PI Neunkirchen, POR Thomas Dräger-Pitz, und seinen Vertreter, Helmut Berg, sowie den künftigen Landespolizeivizepräsidenten, Hugo Müller, begrüßen. In einem etwa 1½-stündigen Statemant informierte Hugo Müller nochmals über den Aufbau des künftigen LPP und der Polizeiinspektionen mit ihren vorgesehenen Organisationseinheiten. Im Anschluss an seine Ausführungen fand eine rege Diskussion statt, bei der viele Fragen und auch „Ängste“ beantwortet und ausgeräumt werden konnten.

Am 28. Februar fand im Lokal Alt Steigershaus die Mitgliederversammlung für das Jahr 2011 statt. Mit der Verlegung der Versammlung in das neue Jahr wollte man kurz vor dem Wirkbetrieb des LPP am 1. März 2012 den aktuellsten Sachstand für die Mitglieder erhalten. Ralf Porzel, stellvertretender Landesvorsitzende der GdP, ging in seinem Bericht nochmals auf die vergangenen und die künftigen Ministergespräche, auf den Wechsel im Landesvorstand und auf den bevorstehenden Delegiertentag 2014 ein. Weitere Ausführungen machte er zum Beförderungsbudget für das Jahr 2012 und zur anstehenden Polizeireform. Zur Lebensarbeitszeitverlängerung erklärte er, dass dieses Thema mit der Auflösung der Regierungskoalition auf Eis gelegt wurde, aber nach den Wahlen von Seiten der neuen Landesregierung wieder angegangen werde; dabei sei es aber egal, aus welchen Parteien sich die zukünftige Landesregierung zusammensetze. Alle Parteien hätten dieses Thema bereits aufgegriffen. Im Anschluss an seine Ausführungen konnte nochmals Hugo Müller



(auf dem Foto rechts, Foto: H. E.) begrüßt werden, der zu Beginn seiner Ausführungen Grüße des neuen Landespolizeipräsidenten, Norbert Rupp, überbrachte. Anschließend machte er noch ergänzende Angaben zu seinen Ausführungen vom 15. Februar 2012. Auch hier stand er anschließend für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Zum Abschluss der Diskussionsrunde stand dann noch Udo Ewen, unser Beihilfespezialist, für Fragen zum Beihilferecht zur Verfügung. Seine Unterstützung bei der Klärung von Fragen zur Beihilfe bot das Mitglied des Innenausschusses Günther Waluga an, der im Laufe der Versammlung ebenfalls noch begrüßt werden konnte.

In der Versammlung wurden für 25 Jahre GdP-Mitgliedschaft der Kollege Markus Dietrich und für 40 Jahre Mitgliedschaft Peter Scheidt geehrt. Nicht teilnehmen konnten an der Ehrung für 25-jährige Mitgliedschaft Peter Gras und Roland Jochum.

Zum Abschluss der Versammlung bedankte sich der KG-Vorsitzende, Hartmuth Emmerich, bei dem künftigen Landespolizeivizepräsidenten, Hugo Müller, für dessen Arbeit als ehemaliger GdP-Landesvorsitzender mit der Überreichung eines kleinen Präsentes. Gleichzeitig wünschte er ihm in seiner neuen dienstlichen Aufgabe viel Glück und Erfolg.

Hartmuth Emmerich

Kreisgruppe Saarlouis Petra Wagner

Ich bin im Februar 1989 bei der saarländischen Polizei eingestellt worden. Nach der Ausbildung und der Verweilzeit in der Bereitschaftspolizei verrichtete ich meinen Dienst im Wach- und Strei-

fendienst. Im Jahr 2001 begann ich die Ausbildung zum gehobenen Dienst auf der Fachhochschule. Nach Absolvierung des Lehrganges im Jahr 2003 verrichtete ich für ein Jahr meinen Dienst beim Kriminaldienst Saarlouis, Sachgebiet „Häusliche Gewalt“. Nach diesem Jahr entschloss ich mich, in den Wach- und Streifen dienst zurückzukehren. Zurzeit bin ich stellvertretende Dienstgruppenleiterin bei der PI Saarlouis.

Ich bin 41 Jahre alt, verheiratet und wohne in Hülzweiler. Zu meinen Hobbys gehören u. a. Motorrad und Ski fahren.

Ordentliches Personalratsmitglied im ÖPR des PB Saarlouis bin ich seit Mai 2009. Im Januar dieses Jahres wurde ich zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ich werde die Belange der Beschäftigten, meiner Kolleginnen und Kollegen mit allen Möglichkeiten und mit vollem Einsatz gegenüber der Dienststel-



lenleitung vertreten. Mein Ziel ist es, ein vertrauensvoller Ansprechpartner für alle Bediensteten zu sein und mich für ihre Belange einzusetzen. Mein Vorbild war und ist unser werter Kollege Dirk Schnubel, der mir die Möglichkeit eröffnet hat, mich im Personalrat zu engagieren. Foto: Petra Wagner.

P. Wa.

Kreisgruppe Saarbrücken-Land

Am Freitag, 24. Februar 2012, fand in den Räumlichkeiten der PBI Brebach die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Saarbrücken-Land statt. Trotz der eher ungünstigen Terminierung auf Freitag-nachmittag fanden ca. 35 Mitglieder den Weg nach Brebach, um sich aus erster Hand über die Gewerkschaftsaktivitäten auf Kreisgruppen- und Landesebene zu informieren. Logischerweise nahm auch das Thema Umstrukturierung zum Landespolizeipräsidium einen breiten Raum ein. Zu den einzelnen Themen berichteten Wolfgang Schäfer und Vera Koch als Mitglieder des Geschäftsführenden Lan-



desvorstandes und Markus Summa als Mitglied des PHPR.

Der Rahmen der Mitgliederversammlung wurde auch genutzt, um verdiente Mitglieder der GdP für ihre langjährige Mitgliedschaft zu ehren.



Wolfgang Schäfer (Foto: 1. v. r.) und Thomas Schlang (Foto: 1. v. l.) konnten unter anderem den Kollegen Thomas Naumann für 25-jährige Mitgliedschaft und die Kollegen Franz-Josef Jochem und Georg Riehm für 40-jährige Mitgliedschaft persönlich ehren. **W. Sch.**

Glückwunsch, Gerd Schöffler!

Nun gehört auch Gerd Schöffler dem Kreis der 70-Jährigen an. In geistiger und körperlicher Frische konnte er seinen Geburtstag feiern. Anlässlich einer kleinen Feierstunde mit vielen beruflichen und privaten Wegbegleitern wurden unserem Mitglied durch die Kollegen Gerd Kopp und Manfred Schmitz die Glück-



wünsche der Gewerkschaft der Polizei überbracht. Auch für die Zukunft wünschen wir dem Jubilar viel Glück und Wohlergehen.

**Manfred Schmitz,
Kreisgruppe Saarpfalz**

Beförderungen zum 1. April 2012 – Na, ja!?

Es dürfte schon etwas mehr sein. Doch dank „Generationenpakt 2“ stehen in diesem Jahr statt 177.000 € Beförde-

rungsbudget 377.000 € zur Verfügung. Die Verteilung in den einzelnen Besoldungsgruppen stellt sich wie folgt dar:

Beförderung nach	April 2012
A 9 gD prüfungsfrei	21
A 10 prüfungsfrei	35
A 10 FHSV	43
A 11 prüfungsfrei	2
A 11 FHSV	17
A 12	6
A 13 gD	3
A 16 hD	1
B 2	2
B 4	1

Stand: 15. März 2012

= 131

Sieht so ein 60-Jähriger aus? „Jo“ Dörrenbächer im Ruhestand

Unser langjähriges GdP-Mitglied Johannes Dörrenbächer ging mit Ablauf des Monats Januar in Ruhestand.



Johannes war für die GdP eine Periode im Polizeihauptpersonalrat tätig. Außerdem engagierte er sich im DGB. Momentan gehört er dort noch dem Arbeitskreis „Beamte“ an.

Hannes, alles Gute!

**Thomas Ehlhardt,
Kreisgruppenvorsitzender St. Wendel**

Bernd Otting wurde 60

Am 23. Februar wurde Bernd Otting 60 Jahre alt. Bernd war lange Jahre Schriftführer im geschäftsführenden Landesvorstand und Vorsitzender der Kreisgruppe Saarlouis. Im Gesamtpersonalrat beim ehemaligen Schutzpolizeiamt und im örtlichen Personalrat der Polizeidirektion West war er freigestellt und setzte sich engagiert für die Kolleginnen und Kollegen ein. 2001 wechselte er wieder in den aktiven Dienst und ging nun aus der Führungsgruppe des PB Saarbrücken-Stadt in den wohlverdienten Ruhestand. Er will sich nun mehr seiner Gattin Doris und den Enkelkindern widmen. Für den Landesvorstand überbrachte Charly Wannemacher die Geburtstagsglückwünsche und ein Geschenk. **C. W.**





„Bitte, das ist für dich.“

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wie würdest du reagieren, wenn dir jedes Jahr jemand 794 EUR* schenken würde? Die Frage erübrigt sich, denn die Antwort ist klar.

Der Staat hat für dich jedes Jahr ein Geld-Geschenk parat. Mit diesem Geschenk fördert der Staat deine Altersvorsorge. 154 €, 185 €, 200 €, 300 € aus diesen Beträgen setzt sich deine staatliche Förderung zusammen. Es geht also nicht nur um „ein paar Cent“.

Hol dir deine persönlichen Zulagen vom Staat und lass' Sie nicht liegen!

Sichere dir mit der GdP-Rente deine Zulagen vom Staat. Profitiere als GdP-Mitglied von den auf Polizisten abgestimmte Leistungen!

Nähere Informationen zur GdP-Rente und über die Höhe deiner persönlichen Förderung erhältst du über unser PSW.

Nutze das Antwortschreiben (siehe unten)!

Dein Ansprechpartner der Polizeiversicherung wird sich dann mit Dir in Verbindung setzen.

* Beamter verheiratet (2 Kinder, geboren 1995/2010)

Ja, ich interessiere mich für die GdP-Rente und wünsche nähere Informationen.

Einfach Formular ausfüllen, zurücksenden, faxen oder mailen an:

Gewerkschaft der Polizei Saarland
Kaiserstr. 258
66133 Saarbrücken
Fax: 0681 84124 15
Mail: gdp-saarland@gdp-online.de



Das finde ich auch noch interessant:

- Zulagensatz bei Unfällen
- Privatärztliche Behandlung
- Polizeitarif fürs Auto
- Absicherung bei Dienstunfähigkeit

Bitte informiert mich umfassend über die Vorteile der GdP-Rente.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Telefon

/ _____
Fax

E-Mail

- Ja ich bin damit einverstanden, dass mich Mitarbeiter oder Vermittler der IDUNA Vereinigten Lebensversicherung aG – ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe – zum Thema GdP-Rente oder einem der gewählten Themen telefonisch, per E-Mail oder Fax kontaktieren.

Datum, Unterschrift.

